

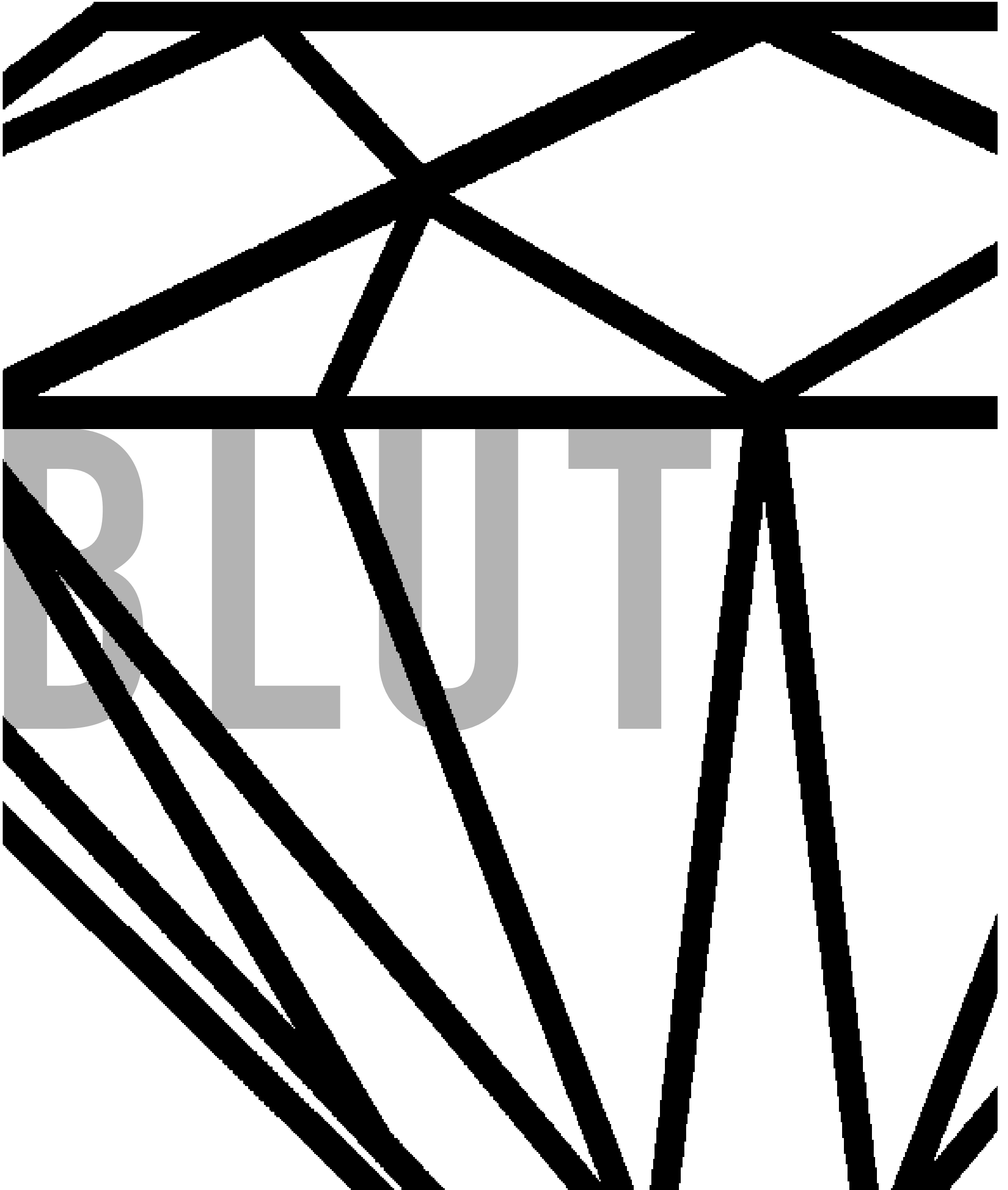
AZB
4127 Birsfelden

Mutationen bitte melden an:
GSoA, Pf. 330, 4127 Birsfelden

GSoA

GSoA-Zitig Juni 2005, Nr. 120

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee **GSoA**



Bericht aus der Regionalgruppe Zürich

(aw) Die Regionalgruppe Zürich veranstaltete zusammen mit der Amnesty International Hochschulgruppe Zürich und weiteren engagierten Personen eine öffentliche Aufführung des Films «Route 181 – Fragmente einer Reise in Israel-Palästina» von Eyal Sivan und Michel Kleifi. Die Regisseure – ein jüdischer und ein palästinensischer Israeli – dokumentieren darin ihre Reise entlang der 1948 von der Uno beschlossenen Grenzlinie zwischen Israel und Palästina. In Gesprächen mit einfachen Menschen zeigt der Film die grossen

Ungerechtigkeiten und die kleinen Absurditäten des Konflikts im angeblich heiligen Land. Umrahmt wurde die Veranstaltung von einer lehrreichen, aber zugleich pessimistischen Zusammenfassung der derzeitigen politischen Situation durch Arnold Hottinger, dem ehemaligen Nahost-Korrespondenten der NZZ. Die Regionalgruppe Zürich trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat. Interessierte sind immer herzlich willkommen. (Infos unter zuerich@gsoa.ch).

Petition an das eidgenössische Parlament – Keine Rüstungszusammenarbeit und kein Handel mit Rüstungsgütern zwischen der Schweiz und den Ländern im Nahen Osten

Die Abnahme der Gewaltakte im Nahen Osten und der angekündigte Rückzug Israels aus Gaza können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Situation der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten kontinuierlich verschlechtert. Durch die Vergrößerung der israelischen Siedlungen, den Weiterbau der Mauer und der Eingrenzung von Städten und Dörfern verletzt der israelische Staat und die Armee weiterhin die Rechte der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und verstösst gegen internationales Recht, insbesondere die IV. Genfer Konvention (Ansiedlung von eigener Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten, Häuserzerstörungen, Kollektivstrafen wie Abriegelungen ganzer Gebiete, Folter, Administrativhaft, Deportationen). Die Resolution Nr. 242 des Uno-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 fordert Israel dazu auf, sich aus den von ihm besetzten Gebieten zurückzuziehen. Sie fordert zudem von allen Konfliktparteien, die Souveränität und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates zu respektieren und somit auch von den arabischen Staaten, dass sie das Existenzrecht Israels anerkennen. Ausserdem werden in den meisten arabischen Staaten elementare Menschenrechte noch immer mit Füßen getreten.

Nach einer Phase relativer Zurückhaltung in der Rüstungszusammenarbeit mit Israel hat der Bundesrat beschlossen, Rüstungsgüter für 150 Millionen Franken aus Israel in das Rüstungsprogramm 2005 aufzunehmen. Indem er so handelt, gefährdet er die Glaubwürdigkeit seiner Aussenpolitik. Der Internationale Gerichtshof urteilte, mit Unterstützung der Schweiz, dass alle Staaten verpflichtet sind, «die durch den Bau der Mauer entstandene illegale Situation nicht anzuerkennen und zur Aufrechterhaltung der durch diese Konstruktion geschaffenen Situation keine Hilfe oder Unterstützung zu leisten» und dass «alle Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention vom 12. August 1949 zusätzlich die Verpflichtung haben (...) sicherzustellen, dass Israel das internationale humanitäre Recht einhält, wie es in dieser Konvention festgelegt ist».

Das Engagement der Schweiz als Depositärstaat der Genfer Konventionen für die Einhaltung des Völkerrechts ist weder authentisch noch glaubwürdig, solange sie ihre Zusammenarbeit im militärischen Bereich (Produktion und Kauf von Rüstungsgütern, Besuch hochrangiger Delegationen, Geheimdienst) mit der Armee und der militärischen Industrie Israels fortsetzt.

Aus diesen Gründen verlangen wir ein sofortiges Moratorium in der Zusammenarbeit mit den Rüstungsindustrien, den Armeen und den Geheimdiensten aller im Nahostkonflikt involvierten Länder. Dieses Moratorium soll bis zur Umsetzung des internationalen Rechts und den Resolutionen 194 (Vollversammlung), 242 und 338 (Sicherheitsrat) der UNO bestehen. Insbesondere verlangen wir, dass der Bundesrat und das Parlament auf den Kauf der im Rüstungsprogramm 2005 enthaltenen Rüstungsgüter im Wert von 150 Millionen Franken aus Israel verzichten.

Einzelunterschriften

Name	Vorname	Adresse	Ort	Unterschrift

Bitte schicken Sie dieses Blatt, auch nur teilweise ausgefüllt, bis spätestens 11. September 2005 an folgende Adresse: Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, Postfach, 8031 Zürich, Fax 044 273 02 12

Weitere Bögen können unter www.gsoa.ch abgerufen werden.

Folgende Organisationen unterstützen diese Petition (Stand: 02.06.05): Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas/Heks; Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina; Brot für alle; cfd Christlicher Friedensdienst; Collectifs Urgence Palestine Genève, Vaud, Neuchâtel; Gesellschaft für bedrohte Völker GfbV; Gesellschaft Schweiz Palästina; Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA; HEKS Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz; Menschenrechte Schweiz MERS; Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH; u.a.

Bericht aus der Regionalgruppe Bern

(db) Am 20. März jährte sich der Kriegsbeginn im Irak zum zweiten Mal. Wir protestierten mit einem symbolischen Friedhof vor der US-Botschaft in Bern gegen die Logik des permanenten Kriegs. Der angebliche Kriegsgrund, die Suche nach Massenvernichtungswaffen, hat sich definitiv als Lüge erwiesen. Die Welt wurde mit diesem Krieg nicht sicherer. Hingegen verloren nochmals über 100'000 Menschen ihr Leben und die Schäden im Irak sind enorm.

Ein Höhepunkt für die Regionalgruppe in diesem Frühling war der Berner Ostermarsch. Unter dem Motto «Stoppt Gewalt gegen Frauen» nahmen etwa 200 Menschen am Umzug vom Eichholz auf den Münsterplatz teil, wo mehrere Redebeiträge folgten. Stephanie Hartung sprach über häusliche Gewalt und ihre Arbeit als Leiterin der Frauenhäuser Bern und Thun, dann berichtete Doro Winkler vom Fraueninformationszentrum FiZ über Frauenhandel. Zum Schluss sprach Cornelia Schmalz als Vertreterin von Amnesty Inter-

national, welche die Anwesenden auf die Kampagne «stop violence against women» aufmerksam machte.

Ausserdem gibt es in der Regionalgruppe eine Neuerung für die Sitzungen: Die Regionalgruppe Bern trifft sich neu jeden dritten Donnerstag im GSoA-Sekretariat in Bern. Bitte nimm mit bern@gsoa.ch Kontakt auf, wenn du mal vorbeikommen möchtest.



Protestaktion vor der US-Botschaft (Foto: db)

Bericht aus dem Fitamin 2005

(sl) Die Sonne schien, der See lockte zum Bade – doch Mitte Mai sind halt die Wassertemperaturen selbst am schönen Bieler See erst für wirklich mutige Menschen hoch genug. So machten sich die gegen 20 GSoAtInnen aus der ganzen Schweiz – darunter auch einige neue Gesichter – am Wochenende vom 21./22. Mai daran, sich gsoa- und friedenspolitisch weiterzubilden. In den Fokus nehmen wollten wir diesmal die Rolle der Schweizer Privatindustrie in Bezug auf internationale Kriege und Konflikte. Tom Cassee erklärte uns ausführlich, in welchen Bereichen überhaupt problematische Geschäfte von Schweizer Firmen bestehen (siehe Artikel Seite 3), bevor Andi Weibel uns einen Überblick über die aktuellen Geschäfte von Schweizer Waffenfirmen gab. In Kleingruppen wurde dann daran rumstudiert, mit welchen Mitteln man diese

unrühmliche Rolle der Schweizer Industrie in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stellen könnte.

Daneben blieb aber auch viel Zeit, um das vorzügliche Bier in der Nidauer «Lago Lodge» zu probieren, sich über unpolitische Wichtigkeiten zu unterhalten oder sich auf Leinwand nochmals gemeinsam die unsterblichen Werke der britischen Komikertruppe Monty Python anzuschauen (ja, Samuel Schmid und Christophe Keckeis hatten darin selbstverständlich auch einen Auftritt).

Auch kulturell bemühten wir uns um Weiterbildung: Auf einem Abendspaziergang erkundeten wir das stattliche Nidauer Schloss. Wer weiss, ob nicht in einigen Jahren auch denkmalgeschützte Armeekasernen von längst vergangenen Zeiten erzählen? Die GSoA bleibt jedenfalls dran...



Verbindende Projekte in Israel und Palästina
24. Sept. 2005
9.45–16.30 Uhr
Calvin Kirchgemeindehaus Bern.

Über neue grenzübergreifende Perspektiven diskutieren die Friedensaktivistinnen Viola Raheb aus Palästina und Molly Malekar aus Israel. Berichte über medizinische Hilfe in Gaza und ein gemeinsames Wasserprojekt. Neben der GSoA unterstützen 20 Organisationen die Tagung.

Beitrag inkl. Essen: Fr. 60.–
Auskunft: tagung-pi@bluewin.ch.
Organisation und Anmeldung:
Frauen für den Frieden Schweiz,
Huzentr. 34, 8604 Volketswil, oder
online: www.frauenfuerdenfrieden.ch



Konflikte made in Switzerland

In einer globalisierten Welt können bewaffnete Konflikte nicht mehr isoliert betrachtet werden. Bürgerkriege werden von aussen finanziert und Waffen aus dem Ausland geliefert. Welche Mechanismen tragen zu Entstehung von bewaffneten Konflikten bei? Und welche Verantwortung trägt dabei die Schweiz? Von Andreas Weibel und Tom Cassee

Ende des letzten Jahrtausends wurde die Bezeichnung «Blutdiamanten» einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Es handelt sich dabei um Edelsteine, welche aus Bürgerkriegsländern stammen. Diese Diamanten dienen Konfliktparteien dazu, sich aus dem Erlös Waffen zu kaufen. Ein vielfach besprochenes Beispiel dabei ist Angola. Hier spielten zwei Ressourcen für den Bürgerkrieg eine entscheidende Rolle: Während die Regierung sich durch den Verkauf von Öl auf dem Weltmarkt mit neuen Waffen ausrüstete, finanzierten sich die Rebellen mit Diamanten. Oder, wie ein angolischer General es in einem BBC-Interview 1999 formulierte: «Wir nehmen Verluste hin, erholen uns aber schnell. Wenn wir einen Panzer verlieren, nehmen wir das Telefon zur Hand und bestellen einen neuen.» Erst nachdem der Uno-Sicherheitsrat ein Embargo für von Rebellengruppen geförderte Diamanten durchsetzte, trat in Angola relative Ruhe ein.

Der Kimberley Process

Die Diamantenlobby reagierte schnell auf die Anschuldigungen und möglichen Boykotte. Sie versucht, sich mittels einer Selbstregulation vor negativer Publicity zu schützen. Dieser sogenannte «Kimberley Process» soll den Handel und Verkauf von Blutdiamanten unterbinden. Um dies zu erreichen, werden Zertifikate ausgestellt, um die jeweilige Herkunft der Diamanten zurückverfolgen zu können. Es soll nur noch mit Diamanten aus konfliktfreien Ländern gehandelt werden.

Spuren des Diamanthandels führen auch in die Schweiz. Wer durch die Zürcher Bahnhofstrasse geht, versteht schnell, dass die Schweiz zu den grossen Wiederverkäufern von Diamanten gehört. Ein beträchtlicher Anteil der verkauften Edelsteine sind jedoch noch immer Blutdiamanten, denn es gibt unzählige Möglichkeiten, den «Kimberley Process» zu umgehen. Sei es durch gefälschte Zertifikate, durch Schmuggel aus dem Bürgerkriegsland in ein als sicher geltendes Nachbarland oder durch das Schleifen von Diamanten im Land

selber (es werden nur Rohdiamanten zertifiziert). Auch erstaunt ein Blick auf die am «Kimberley Process» teilnehmenden Länder: So werden auch Diamanten aus der Demokratischen Republik Kongo zertifiziert, obwohl dort einer der blutigsten Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg herrscht. In weniger als fünf Jahren sind bisher mehr als drei Millionen Menschen gestorben.

Es muss also dringend mit wirksameren Instrumenten gegen den Handel mit Blutdiamanten vorgegangen werden. Generell kann Selbstregulierung der jeweiligen Industrien wohl einen (kleinen) Beitrag leisten, keine kriegsrelevanten Ressourcen mehr zu handeln. Selbstregulierung allein reicht jedoch sicher nicht aus.

Noch mehr Verwicklungen

Der Diamantenhandel ist nicht das einzige Geschäftsfeld, das eng mit Kriegen und Konflikten verknüpft ist und dessen Fäden auch in die Schweiz führen. Wenn Schweizer Kriegsmaterial in krisengeschüttelte Regionen verkauft wird, ist unsere Verantwortung augenfällig. Regelmässig sorgt auch der hiesige Bankenplatz für negative Schlagzeilen, wenn dank Bankgeheimnis Gewaltherrscher und Kriegsfürsten ihre Finanzgeschäfte hierzulande tätigen.

Auch andere Rohstoffe sind oft problematisch: Der Handel mit seltenen Erzen, Hölzern oder Gold aus Konfliktgebieten kann zur Finanzierung von Kriegen dienen. Eine zentrale Voraussetzung für diese Geschäfte ist, dass sich die Rohstoffe auf dem Weltmarkt absetzen lassen. Hier spielt die Schweiz eine wichtige Rolle: Einige der weltweit grössten Rohstoffhändler haben ihren Sitz im Kanton Zug. Von dort aus können sie ihre Geschäfte tätigen, ohne irgendjemandem Rechenschaft ablegen zu müssen.

Blut für Öl

Eine besonders zentrale Ressource stellt Erdöl dar. Durch die Abhängigkeit der westlichen

Welt vom schwarzen Gold ist es strategisch so essentiell geworden, dass nicht nur Unternehmen in Kriege um diesen Rohstoff verwickelt sind, sondern auch Staaten. Die Herrschaft über die irakischen Ölfelder dürfte zumindest einer der Gründe für den amerikanischen Feldzug gewesen sein. Auch Konflikte im Kaukasus, in Zentralasien, im Nahen und Mittleren Osten oder in Venezuela stehen alle in enger Beziehung zur Ressource Öl. Und die Liste liesse sich beliebig erweitern.

Während der weltweite Verbrauch an fossiler Energie immer noch rasch ansteigt, sind die Erdölvorkommen langsam am Versiegen. Voraussichtlich wird der Kampf um Ölreserven deshalb noch an Härte gewinnen. Selbst die EU bereitet sich mit ihrer im Aufbau begriffenen Armee erklärermassen auf militärische Auseinandersetzungen um Ölfelder vor. Die Schweizer Verantwortung liegt hier an zwei Orten: Einerseits ist die Schweiz einer der grössten Rohölhandelsplätze, andererseits auch ein grosser Verbraucher von Öl. Wenn wir in Betracht ziehen, dass knapp ein Drittel des Rohöls, welches die Schweiz importiert, aus Nigeria stammt und sogar eine vom Ölkonzern Shell in Nigeria konfliktverstärkend wirkt, wird unsere Schweizer Mitverantwortung deutlich. Verantwortung zu tragen hiesse hier, unseren Energieverbrauch radikal auf alternative Energiequellen umzustellen und die Ölhandelsfirmen in Zug und anderen Steuerparadiesen endlich mit griffigen Gesetzen zu regulieren.

Wie weiter?

Gefordert ist die Wirtschaft, welche mit ihrem Verhalten Konflikte direkt oder indirekt auslösen oder verlängern kann, sowie die Politik und Strafverfolgungsbehörden, welche die Spielregeln der Wirtschaft gestalten und überwachen. Aber auch jedeR einzelne KonsumentIn hat eine gewisse Verantwortung, auch wenn wohl kein widerspruchsfreies Leben möglich ist.

Die GSoA wird sich weiter mit diesem Thema auseinandersetzen und versuchen, politischen Druck auf fehlbare Unternehmen auszuüben. Nur wenn sich eine breite Öffentlichkeit über die Verwicklungen der Schweiz in Konflikte bewusst wird, werden Lösungen überhaupt erst angedacht werden und politisch durchsetzbar sein.

VBS schreibt Geschichte

Wer behauptet hat, dass die Schlagzeilen zur Armee vom Sommer 2004 in erster Linie auf das «journalistische Sommerloch» zurückzuführen seien, sieht sich zu Beginn des diesjährigen Sommers deutlich widerlegt: Auch ein Jahr später sorgt die tiefe Krise der Armee fast täglich für Schlagzeilen.

Und das VBS schreibt dabei Geschichte: Mit seinem Beharren auf dem Kauf von Transportflugzeugen, begleitet von massiven Druckversuchen auf die eidgenössischen ParlamentarierInnen, hat das Departement Schmid dafür gesorgt, dass erstmals in der Schweizer Geschichte am 17. März 2005 mit 97 zu 82 Stimmen ein ganzes Rüstungsprogramm bachab ging.

Die Schweizer Armee hat gemerkt, dass es ihr – trotz jährlichen Ausgaben noch immer in Milliardenhöhe – langsam ans Lebendige gehen könnte. Sie reagiert mit einer Panikstrategie: Mit der Neuauflage der weniger umstrittenen Posten im Rüstungsbudget 2004 sowie einem grotesken Rüstungsbudget 2005 in Höhe von einer Milliarde Schweizer Franken versucht das Departement, von den im März noch widerspenstigen SVP-PolitikerInnen nun ein Bekenntnis zur lädierten Schweizer Armee zu erpressen – mit der Drohung, diese seien im Falle eines erneuten Scheiterns für den weiteren Absturz der Schweizer Armee verantwortlich. Ob die Rechnung aufgeht? Bereits hat sich ein massiver Widerstand gegen die neuen Beschaffungen, insbesondere die Rüstungskäufe aus Israel (vgl. Seite 2), formiert.

Ausdruck ebensolcher Verzweiflung im VBS war auch die am 11. Mai vom Bundesrat vorgestellte «Optimierung der Armee». Dabei soll insbesondere das verzweifelt gesuchte Feindbild «optimiert» werden: Mit einer Marginalisierung der Verteidigungsaufgaben und einem Ausbau der inneren Einsätze sowie der militärischen Einsätze im Ausland will sich das VBS in die Reihe derjenigen Länder einreihen, die ihre Armeen in der Folge des 11. Septembers 2001 auf das Feindbild Terrorismus hin «optimiert» haben.

Auf der Baustelle «Schweizer Armee» wollte auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) mitschaulen und forderte in einem Konzeptpapier unlängst die «Weiterentwicklung der Schweizer Armee», zu der sie die bürgerlichen Parteien FDP und CVP einlädt. Laut der Vorstellung der SP soll dabei die allgemeine Wehrpflicht «ausgesetzt» werden, die Auslandseinsätze (auch im Rahmen der EU und der Nato) ausgebaut werden und die Truppenstärke auf 50'000 Mann reduziert werden. Diese Soldaten sollen, so das Konzeptpapier, bei einem «terroristischen Angriff auf grössere Teile der Schweizer Bevölkerung oder zentrale Infrastrukturen unseres Landes» zum Einsatz kommen. Die GSoA hat einen billigeren, einfacheren und sinnvolleren Vorschlag: Die Baustelle «Schweizer Armee» soll ganz einfach geschlossen werden.

Stefan Luzi



Wer produziert hier Sicherheit?

Die Schweizer Armee versucht, die Durchsetzung des geltenden Rechts als eine «Dienstleistung» darzustellen. Daher könne sie diese Aufgabe ebenso gut wahrnehmen wie die Polizei. Eine Kritik aus philosophischer Sicht • von Andreas Cassee.*

Das Gewaltmonopol der Polizei wird in der Schweiz zur Zeit durch zwei Entwicklungen in Frage gestellt: Einerseits werden die inneren Einsätze der Schweizer Armee zunehmend vom (in der Verfassung verankerten) Sonderzum (verfassungswidrigen) Normalfall, andererseits kontrollieren private Sicherheitsdienste immer grössere Teile des öffentlichen Raumes. Beide Entwicklungen sind aus unterschiedlichen Gründen problematisch: Die inneren Einsätze, weil sie die militärische Freund-Feind-Logik auf das zivile Leben übertragen, die Wehrpflicht auf die Gewaltanwendung gegen die eigenen MitbürgerInnen ausdehnen und ein Sicherheitsrisiko darstellen, da die Milizsoldaten für polizeiliche Aufgaben schlicht nicht genug ausgebildet sind. Die privaten Sicherheitsdienste, weil sie jeder demokratischen Kontrolle und Legitimation entbehren.

Doch es gibt auch Gemeinsamkeiten: Insbesondere ein gemeinsames Interesse von Militär und privaten Sicherheitsdiensten, die gewaltsame Durchsetzung des geltenden Rechts als eine gewöhnliche «Dienstleistung» darzustellen, die im Prinzip von beliebigen staatlichen oder nichtstaatlichen Organen erbracht werden kann. Dieses gemeinsame Interesse findet in der Tatsache ihren Niederschlag, dass das ehemalige Festungswachtkorps (die «Militärische Sicherheit») im Verband Schweizerischer Sicherheitsdienstleistungs-Unternehmen (VSSU) vertreten ist, der unter anderem die Aufgabe hat, «gemeinsame Anliegen» zu fördern.

«Wir produzieren Sicherheit», pflegt Armee-Chef Christophe Keckeis in jedes Mikrofon zu plärren, und er meint: Messt uns an Effizienzkriterien wie andere Dienstleistungsunternehmen auch. Dass die gewaltsame Durchsetzung der rechtlichen Normen aber alles andere als eine gewöhnliche Dienstleistung ist, soll der folgende Abstecker in die politische Philosophie zeigen.

Wann ist staatliche Gewalt legitim?

Das staatliche Gewaltmonopol stand schon immer im Zentrum philosophischer Überlegungen zur politischen Legitimität: Die Legitimitätsfrage stellt sich überhaupt nur deshalb in ihrem ganzen Ausmass, weil der Staat sich das Recht herausnimmt, seine Regeln auf einem Territorium mit Gewalt durchzusetzen und andere Individuen und Gruppen daran zu hindern, ihre Konflikte selbst mit Gewalt auszutragen.

Thomas Hobbes erachtete im 17. Jahrhundert die staatliche Gewaltanwendung noch ganz grundsätzlich als legitim: Alles sei besser, so Hobbes, als der Zustand ohne staatliche Zentralgewalt, den er als Zustand des Krieges aller gegen alle beschrieb. Doch schon bald wurde die Legitimität staatlicher Gewalt an Bedingungen geknüpft. Eine solche Bedingung besteht darin, dass der Staat die individuelle Freiheit nicht unnötig einschränken soll. So ging der frühe Liberalist John Locke davon aus, dass die Menschen nur ihr Recht auf Selbstjustiz, nicht aber ihre «natürlichen Menschenrechte»

beim Übergang vom vorstaatlichen zum staatlichen Zustand abgeben: Der Staat hat individuelle Freiheitsrechte zu konkretisieren und durchzusetzen, darf sie aber nicht verletzen. Eine andere Einschränkung der staatlichen Gewalt besteht in der demokratischen Forderung, dass sich die AdressatInnen der mit Gewalt durchgesetzten Normen auch als AutorInnen derselben verstehen können müssen. (Eine Forderung, die für die vielen ausländischen Menschen in der Schweiz noch nicht erfüllt ist.) Vorkehrungen gegen den Machtmissbrauch wurden gefordert und implementiert. Rechtsstaatliche Prinzipien wie die Gewaltentrennung und das Diskriminierungsverbot, aber auch die Prinzipien des Föderalismus könnte man in dieser Kategorie von Legitimitätsbedingungen staatlicher Gewalt zusammenfassen. Und schliesslich erlebte das 20. Jahrhundert das Aufkommen sozialer Rechte. Seither gilt die gewaltsame Durchsetzung und Aufrechterhaltung einer politischen Ordnung nur noch dann als legitim, wenn diese Ordnung auch gewissen Anforderungen der sozialen Gerechtigkeit genügt.

Privatsheriffs auf Patrouille

Weder die inneren Einsätze der Armee noch die privaten Sicherheitsdienste erfüllen die anspruchsvollen Legitimitätsbedingungen, an die staatlich sanktionierte Gewalt im modernen Rechtsstaat geknüpft ist. Das soll nicht heissen, dass die Gewaltanwendung durch die Polizei immer legitim ist: Machtmissbrauch oder die übertrieben repressive Programmierung der Polizeiorgane kommen durchaus vor. Doch immerhin gibt es dafür politische Verantwortliche – im ersten Fall die Exekutive (PolizeivorsteherIn), im zweiten Fall der Gesetzgeber – die in einer funktionierenden Demokratie versuchen werden, solche Missstände zu beheben. Diese politische Verantwortlichkeit gibt es bei den privaten Sicherheitsdiensten nicht. Wenn Privatsheriffs auf zweifelhafter rechtlicher Grundlage im Auftrag von Gemeinden durch die Strassen patrouillieren – aktuell zum Beispiel in den Aargauer Gemeinden Berikon, Widen, Oberwil-Lieli und Bellikon (NZZ am Sonntag vom 24.4.2005) sowie in Murgenthal und Zollikofen (Medienmitteilungen der Securitas AG) – oder im Auftrag von Privaten halböffentliche Räume wie Bahnhöfe kontrollieren, so unterstehen sie Vorgesetzten in der entsprechenden Firma, nicht gewählten Mitgliedern der Exekutive.

Natürlich unterstehen auch private Sicherheitsdienste demokratisch festgelegten Gesetzen. Doch nicht nur, was überhaupt einen Gesetzesverstoß darstellen soll, sondern auch, mit welchen und wie viel Mitteln welche Gesetzesverstöße unterbunden werden sollen, ist eine genuin politische Frage. Man könnte ja beispielsweise der Meinung sein, dass Marihuana illegal bleiben soll, kleine Konsumenten aber nicht unnötig schikaniert werden sollten. Solche politische Präferenzen können nicht mehr demokratisch vermittelt und umgesetzt werden, wenn repressive Funktionen an Pri-

vate abgegeben werden. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang die 1996 gegründete Bahnpolizei, die oft wegen ihres repressiven Umgangs mit Randgruppen kritisiert wird. Denn diese «PolizistInnen» sind nicht etwa vom Staat, sondern von der privaten Securitrans AG angestellt, die zu 51% der SBB und zu 49% der Securitas gehört. Dabei stützt sich die Bahnpolizei auf ein Gesetz aus dem Jahr 1878, nach dem jede Bahngesellschaft für «ihr» Territorium eigene Sicherheitsleute mit polizeilichen Hoheitsrechten aufstellen darf.

Verpflichtet zur Gewalt gegen MitbürgerInnen?

Im Fall der inneren Einsätze ist vor allem die freiheitliche Legitimitätsbedingung staatlicher Gewalt einschlägig. Da die inneren Einsätze der Schweizer Armee im Kontext der Wehrpflicht stattfinden, können alle männlichen Schweizer Bürger in einer gewissen Altersspanne zumindest theoretisch gezwungen werden, gegen ihre MitbürgerInnen Gewalt anzuwenden. Das ist eine viel grössere Einschränkung individueller Freiheit, als sie die Rechtsdurchsetzung durch die Polizei erfordert, da der einzelne nicht gezwungen werden kann, Polizist zu werden, sondern höchstens, durch seine Steuern einen Teil der Polizeikosten zu übernehmen. Und insofern sie nicht nötig ist, ist diese grössere Einschränkung individueller Freiheit illegitim. Ausserdem steht das regulative Prinzip der Armee – die bewaffnete Verteidigung gegen äussere Feinde – im Widerspruch zu den Prinzipien, nach denen im zivilen Leben Konflikte beigelegt werden sollten. Insbesondere gilt das für den Einsatz der Armee gegen Demonstrierende. Geht man davon aus, dass der zivile Ungehorsam unter bestimmten Umständen durchaus legitim sein und zum positiven Wandel der politischen Ordnung beitragen kann, so ist es verheerend, Soldaten gegen ungehorsame BürgerInnen einzusetzen: Es führt zur unnötigen Militarisierung von Konflikten und schliesst wichtige Ventile, die helfen, auch radikalere Bewegungen in den politischen Prozess zu integrieren.

Die wohl verbreitetste Argumentation zur Rechtfertigung der subsidiären Armeeeinsätze – dass nämlich die kantonalen Polizeien ihre Aufgaben aufgrund von Sparmassnahmen nicht mehr erfüllen können und deshalb die Armee einspringen müsse, die ohnehin über die entsprechenden Mittel verfüge – ist leicht zu widerlegen: Man kann nicht gleichzeitig die immensen Kosten der Armee im Rückgriff auf die inneren Einsätze legitimieren und behaupten, die Armee sei die billigste Variante zur Erfüllung gewisser Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit, weil der entsprechende Bestand an Truppen und Material sowieso bereits bestehe. Würde man die Armee abschaffen, so würde dadurch mehr als genug Geld freigesetzt, um die kantonalen Polizeien entsprechend aufzustocken. Es scheint also mehr als zweifelhaft, ob Effizienzkriterien tatsächlich für den subsidiären Einsatz der Armee im Inneren sprechen – ganz abgesehen davon, dass dieser Einsatz, wie gezeigt, auch aus anderen Gründen illegitim ist.

*Andreas Cassee studiert Philosophie an der Universität Zürich.



Willkürliche Hobbyjustiz

Seit gut einem Jahr werden in der Armee Disziplinarbussen ausgesprochen. Mehr als 200'000 Franken Bussgeld wurden seither eingenommen. Klare Richtlinien für Disziplinarstrafen fehlen nach wie vor. Das VBS «vertraut» auf die Fähigkeiten seiner Kommandanten • von Martin Parpan

Das neue Bussensystem wurde am 1. März 2004 eingeführt. Es ermöglicht – neben den bis anhin bereits bestehenden Disziplinarstrafen wie dem Verweis, der Ausgangssperre und dem Arrest – Geldbussen von maximal 500 Franken für Vergehen im Dienst und 1'000 Franken für Vergehen ausserhalb des Dienstes zu verhängen. Was trotz Einführung des Bussensystems nach wie vor unverändert bleibt, ist die Ausübung der Disziplinarstrafegewalt. Ein Kommandant, der beispielsweise einen Rekruten für einen Disziplinarfehler mit 500 Franken büsst, tut dies auch zukünftig nicht auf Basis eines klar definierten Bussenkataloges, sondern interpretiert das Militärstrafgesetz nach eigenen Ermessen. Gemäss dem Oberauditor im VBS ist man der Meinung, dass die im Rahmen des Führungslehrgangs angeeigneten juristischen Kenntnisse durchaus ausreichen, zu entscheiden, welche Art der Strafe in welcher Höhe angemessen sei... Ein Test oder eine Prüfung, bei welchem das dazu notwendige

Wissen nachzuweisen ist, existiert nicht und ist auch für die Zukunft nicht vorgesehen.

Blindes Vertrauen

Das Vertrauen seitens VBS in sein Führungskader überrascht. Das Nachrichtenmagazin «Facts» deckte vor kurzem unhaltbare Zustände in der Armee auf: Unter dem Titel «Chaos-Truppe» war von Verhör-Übungen à la Abu Ghraib, bizzaren Ritualen und versagenden Offizieren zu lesen. SP-Nationalrätin Barbara Haering verlangt in diesem Zusammenhang nun ein Konzept für die Führung der Armee. Diese Zustände lassen kaum vermuten, dass das Rechtsempfinden tatsächlich ausreichend vorhanden ist beziehungsweise genügend geschult wurde, um juristisch anspruchsvolle Fragen wie beispielsweise das Verhältnismässigkeitsprinzip, das Gleichbehandlungsgebot oder das Gebot der schuldangemessenen Strafzumessung seriös zu beurteilen. Bedenklich ist zudem, dass gegen die 640 bis Ende

2004 verhängten Bussen lediglich vier Soldaten von ihrem Einspruchsrecht beim Bataillonkommandanten Gebrauch gemacht hatten. Dies beweist im Gegensatz zur VBS-Interpretation nicht, dass die Strafen von den Bestraften als rechtmässig beurteilt wurden – sondern lässt vermuten, dass die Betroffenen nicht oder zu wenig über ihre Rekursmöglichkeiten informiert wurden.

Rekurs einreichen lohnt sich

Dass dort, wo Rekurs eingereicht wird, Erfolgchancen bestehen, beweist zumindest ein Fall, bei dem das Militärappellationsgericht einem Rekurrenten Recht geben musste und die Disziplinarbusse von 500 Franken auf 300 Franken reduzierte (da die persönlichen Verhältnisse des Rekurrenten bei der Strafzumessung nicht angemessen berücksichtigt wurden). Gebüsste Soldaten sind folglich gut beraten, die gegen sie verhängten Disziplinarstrafen mit sämtlichen ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln zu bekämpfen (mehr zu den rechtlichen Möglichkeiten von Soldaten im 2. Bund dieser Zeitung). So kann gegen das Willkürsystem im VBS angegangen werden. Die politische Forderung der GSoA lautet nach wie vor: Abschaffung der Militärjustiz. Am besten gleich mit der ganzen Armee.

Schweizerische Militärgeschichte

(sl) Der Verwaltungszug der Spital-Rekrutenschule 2003 in Moudon wird in die Geschichte der Schweiz eingehen. Warum? «In den vielen hundert Jahren glorreicher schweizerischer Militärgeschichte war dieser Zug wohl die kleinste, faulste und unmotivierteste Gruppe junger Menschen, die je zusammengewürfelt wurde». Über diese Gruppe hat Rekrut Reto Weibel ein Buch geschrieben («In the army now»; Zuanamis Verlag). Das Ziel des Buches war es, dem/ der unbeteiligten LeserIn zu schildern, was heute in der Schweizer Armee tatsächlich so abgeht. Dass dabei ein Bericht herausgekommen ist, der «sicherlich nicht für Freunde unserer ruhmreichen eidgenössischen Miliz geeignet ist», konnte nicht anders erwartet werden. Die GSoA-Zeitung druckt im folgenden mit freundlicher Genehmigung des Autors ein Kapitel aus dem Buch ab. Der ganze Bericht kann für 12 Franken direkt bei Reto Weibel (Tel. 076 541 38 25; Email: retoweibel@hotmail.com) bezogen werden. Wer also die «sechs Gründe, die Armee nicht abzuschaffen» (sowie die «acht Gründe, die Armee abzuschaffen») kennenlernen will, sollte das Buch bestellen...

«...Wie erwähnt, wurde ich in den Verwaltungszug eingeteilt. Dieser Zug war sehr speziell. Als wir einrückten, waren wir 30 Rekruten. Allerdings war einer direkt zur Krankenstation gelaufen und von dort wieder nach Hause. Aber er war nicht der einzige. Im Laufe der ersten Woche gingen mehrere Rekruten wieder nach Hause, infolge gesundheitlicher Probleme oder auch aus anderen Gründen. Als uns auch noch die Büro-Ordonnanzen verliesen, waren wir zwischenzeitlich nur noch elf Rekruten (unser Minusbestand), aber von der fünften Woche bis zum Schluss waren wir zwölf. Wenn wir das in Zahlen festhalten wollen, waren ungefähr 50% der Rekruten des Verwaltungszuges so genannte

Weicheier, die während der ersten Wochen der RS wieder nach Hause gingen (untauglich und glücklich).

Ziemlich am Anfang machten wir einmal mit einem unserer Korporäle Liegestützen. Wir waren alle sportlich nicht so fit. Deshalb sind wir ja auch nicht bei den Grenadieren. Der Korporal fragte uns dann, ob wir der Verwaltungszug oder Flaschen seien. Alle riefen dann: «Flaschen!» Einer von uns fragte sogar, was denn der Unterschied sei!

Es gibt aber noch weitere Eigenheiten des Verwaltungszuges. So hat der Verwaltungszug mit uns die letzte RS mitgemacht und wurde jetzt altershalber aufgelöst. Ist vielleicht auch besser so, denn die meiste Zeit wussten die Vorgesetzten eh nicht, was sie mit uns tun sollten.

So standen wir nur rum und taten rein gar nichts. Wenn es den Verwaltungszug in der Armee XXI noch geben würde, wären wahrscheinlich ein paar Rekruten vor Langeweile noch draufgegangen, wie das einer unserer Korporäle schon mal prophezeit hat. Er hat mal so nebenbei gefragt, ob man schon jemanden gesehen hätte, der vor Langeweile stirbt. Es sei mit uns bald soweit.

Derselbe Korporal, der in der Frühlings-RS noch Rekrut war, brachte uns dieses Sprüchlein bei: «Auf die Dauer, auf die Dauer, Verwaltungszug-Power». Nur kam das bei uns nicht so an. Wir zeigten eher wenig Power und wenn, dann nur in der Cafeteria, beim DVD angucken oder im Ausgang. Dann war der Verwaltungszug der Erste, aber sonst war er wohl der komplette Narrenzug der ganzen Armee. Es ging sogar soweit, dass – sobald etwas höhere Tiere nahe waren – sie uns so weit als möglich weg haben wollten. Und dann vergassen sie, uns wieder irgendwo abzuholen. Konnte uns eigentlich nur recht sein. So hatten wir wahrlich die lockerste Rekrutenschule der ganzen Armee – jedenfalls wenn ich höre, was andere für Sachen machen mussten. Tja ...»

Bananensplitterzone

Dass die Armee ihren Platz in der Schweiz verloren hat, ist längst bekannt. Mittlerweile, es dauert beim Militär meist etwas länger, ist diese Erkenntnis wohl auch bis zu Herrn Keckeis vorgedrungen, welcher wiederum die einzig logische Lösung gefunden hat (von der Armeeabschaffung mal abgesehen) und die Armee offenbar ins Ausland abschieben will. Tönt etwas besser, als es tatsächlich ist: Leider geht es weder darum, die Armee zu verhökern, noch darum, sie auf den Mond zu schiessen (was wiederum die GSoA als eine sinnvolle Option betrachten würde), sondern um «WeKa auf Jameka» (laut Berichten in der NZZ am Sonntag prüft das VBS die Möglichkeit, WKs in Zukunft vermehrt im Ausland durchzuführen).

Gute Idee, leider etwas zu spät, hätte doch die Swissair gerne noch etwas mehr Touristen befördert, erst recht, wenn diese ein scheinbar unendliches Budget vorweisen können und trotzdem auf jeden Komfort verzichten möchten.

Da die nationale Fluggesellschaft aber gescheitert ist und die Lufthansa auf ihren Flügen das Tragen von Sturmgewehren grundsätzlich ablehnt, spielt man in Armeekreisen nun mit dem Gedanken, eine eigene Charterfluggesellschaft zu gründen, die Swiss Military Airlines.

Während sich FDP-Parlamentarier bereits um die Vorstandssitze raufen, finden Grüne und SVP die Idee aber gar nicht lustig und die neue Schweizer Airline scheiterte bereits im Parlament an der Beschaffung ihrer Charterflugzeuge. Aber, ganz ehrlich, diese Casa C-295M wäre für 220'000 Soldaten sowieso eine Nummer zu klein gewesen, da nehmen wir lieber gleich den neuen Airbus.

Neben Verwaltungsrat und Flugzeugen fehlt den Swiss Military Airlines aber noch ein weiterer zentraler Punkt: Traumdestinationen. Und die zu finden ist keine einfache Aufgabe, zumal die besten Plätze bereits vergeben sind. Fast jedes sonnige Plätzchen der Erde wird bereits von den Amerikanern besetzt, ausser Mallorca – dort sind die Deutschen. Wohin könnte also die Schweiz ihre Armee abschieben? Skipisten stampfen im Nahen Osten? In Asien ein Schwingerfest organisieren? Keine Frage, es ist eine schwierige Aufgabe im Ausland einen Job zu finden für eine derart hochspezialisierte Armee. Und wenn schon offensichtlich niemand ein Interesse an unserer Armee hat, so müsste diese wohl zumindest einen Platz finden, wo sie niemandem auf den Wecker geht. Und da, lieber Herr Keckeis, fällt uns nun wirklich nichts anderes ein, als die Armee auf den Mond zu schiessen.

Daniel Bachofen

Mehr Waffenstillstand als Frieden

Das ehemalige Jugoslawien gerät heute kaum mehr in die Schlagzeilen. Aber die Unruhen im März 2004 im Kosov@ haben gezeigt, dass ein wirklicher Frieden weit entfernt liegt. Roland Brunner* verfolgt die Entwicklungen in den Ländern der Region seit Jahren. Stefan Luzi sprach mit ihm über die anstehenden Herausforderungen.

Roland, an welchem Punkt stehen die Länder des ehemaligen Jugoslawien heute?

Mir kommt der Spruch in den Sinn: «Gestern standen wir kurz vor dem Abgrund, heute sind wir einen entscheidenden Schritt weiter...» So schlimm ist die Situation in der Region zum Glück aber nicht. Die Länder schweben heute – um beim Bild zu bleiben – nicht mehr über dem Abgrund, aber sie sind immer noch auf einer Gratwanderung entlang der Steilküste. Ein Fehltritt kann schnell zum Absturz führen. Mit dem Vertrag von Dayton 1995 und dem Nato-Krieg gegen Serbien im Kosov@ 1999 wurden Waffenstillstandsabkommen abgeschlossen, ohne dass wirklich Friedensverhandlungen geführt wurden. Ziel war es, den Krieg zu beenden. Nachhaltiger Friede, der auch von der Gesellschaft getragen wird, konnte mit diesen Abkommen nicht erreicht werden.

Die Situation im Kosov@ gibt immer wieder Anlass zur Besorgnis. Mit den anstehenden Verhandlungen über den Status der Region – einer möglichen Unabhängigkeit des Kosov@ – im Sommer 2005 drohen hier neue Konflikte. Beide Seiten stellen Maximalforderungen und sind kaum bereit, Kompromisse einzugehen. Vor allem auf albanischer Seite gibt es Kräfte, die offen mit einem neuen Krieg drohen, falls die Unabhängigkeit des Kosovo@ nicht klar und deutlich verkündet wird.

Serbien ist weiterhin ein äusserst unstabiles Land mit unklaren politischen Mehrheiten. Nach dem Sturz von Milosevic im Jahr 2000 gab es bis zur Ermordung von Premierminister Zoran Djindjic eine kurze Phase der Euphorie. Seither herrscht Stagnation, Resignation und Orientierungslosigkeit. Die Perspektiven des Landes sind ungewiss: Die ehemalige Bundesrepublik Jugoslawien wurde 2003 nach Plänen des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, zu einem Staatengebilde zusammengepackt, das neu «Serbien und Montenegro» heisst – im Volksmund «Solania» genannt. Dieses Konstrukt hatte schon bei seiner Gründung kaum Überlebenschancen und heute erwarten alle ein baldiges Ableben.

Bosnien-Herzegowina erlitt 1995 mit dem Waffenstillstandsabkommen von Dayton die De-facto-Institutionalisierung der Kriegsergebnisse. Das Land, bestehend aus der mehrheitlich serbisch-bewohnten Republik Srpska und der Föderation Bosnien-Herzegowina, die in sich wieder aufgeteilt ist in ein mehrheitlich bosniakisches und ein kroatisches Gebiet, ist auch heute noch in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht weit davon entfernt, ein überlebensfähiger Staat zu sein. Die durch das Dayton-Abkommen institutionalisierten Kompromisse und ethnischen Prinzipien wurden immer mehr zum Hindernis für die Entwicklung des Landes.

Auch in Mazedonien hat ein Waffenstillstandsabkommen den Krieg zwar beendet, aber keinen Frieden zwischen den Bevölkerungsgruppen geschaffen – auch wenn die internationale Gemeinschaft Mazedonien immer wieder als «success story» feiert. Die konkreten Probleme vor Ort wurden mit dem Abkommen von Ohrd aber nicht gelöst; im Gegenteil: Auch hier wurden mit dem Waffenstillstandsabkommen ethnische Prinzipien in die Verfassung geschrieben, die zu ständigen Konflikten führen.

Selbst Kroatien, das heute an der Schwelle zur EU-Mitgliedschaft steht, tut sich immer noch schwer damit, sich mit den Kriegsjahren auseinanderzusetzen. Die kroatische Täterrolle gegenüber Serben und Bosniaken in Bosnien-Herzegowina ist tabu.

Wie konnte es damals, Anfang der 90er-Jahre, überhaupt zu diesen Zerfallskriegen kommen?

Mitte der 80er- und Anfang 90er-Jahre fiel Jugoslawien nach dem Tode Titos in ein wirtschaftliches, politisches und soziales Vakuum. Die Krise geschah praktisch unter Ausschluss der internationalen Öffentlichkeit, die damals mit dem hoffnungsvollen Aufbruch in der Sowjetunion unter Gorbatschow beschäftigt war. Im Schatten von Glasnost und Perestroika schlitterte Jugoslawien in eine tiefe Krise, die von den herrschenden Eliten in den damaligen Republiken Jugoslawiens für ihre eigenen Interessen benutzt wurde, um das Land und seine Reichtümer aufzuteilen.

Wieso kam die Region nach den Kriegen nicht über das «Einfrieren» der Konflikte hinaus?

Dem Westen, der die Krise und den Kriegsausbruch schlicht verpasst hatte, ging es in erster Linie darum, die Kriege so rasch als möglich zu beenden. Staatliche Politik hat aber einen «blinden Fleck», wenn es um Friedensfragen geht: Als Akteure der Verhandlungen werden praktisch ausschliesslich die kriegsführenden Parteien wahrgenommen und angesprochen. Die Gesellschaft existiert für diese «Friedens-Diplomatie» nicht. Als Kompromiss zwischen den Kriegsparteien wurden Waffenstillstandsabkommen geschlossen und damit Sachzwänge geschaffen, die nicht an den Ursachen der Konflikte ansetzen und die einer wirklichen Konfliktbearbeitung teilweise im Wege stehen.

Internationale Politik beschränkte sich in der Regel auf staatliches Handeln, auf die herrschenden Mächte und Parteien. Es fehlt weitgehend ein Verständnis für gesellschaftliche Kräfte und Dynamiken. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand waren notwendig; was verloren ging, war aber das Verständnis dafür, dass Frieden mehr ist als die Abwesenheit von Krieg, dass nachhaltiger Frieden die Menschen erreichen muss, dass er gesellschaftliche Perspektiven erfordert. Die Kriege haben in den Köpfen der Menschen begonnen, lange bevor der erste Schuss fiel. Und diese Kriege werden erst enden, wenn auch in den Köpfen der Menschen Friede einzieht, das heisst, wenn die Menschen mit dem Geschehenen und mit den Perspektiven für die Zukunft versöhnt sind.

Dieses Jahr soll für den Kosov@ die Statusfrage, also die Frage nach einer Unabhängigkeit der Region diskutiert werden. Ist eine Lösung dieser Frage überhaupt möglich?

Ich halte eine befriedigende Lösung unter den heutigen Voraussetzungen für kaum möglich. Befriedigend würde für mich heissen, dass die beteiligten Seiten, vor allem aber die Bevölkerung, mit der Lösung zufrieden ist. Der Westen hat sich die Probleme in Kosov@ – aber auch in Bosnien-Herzegowina oder Mazedonien – zu einem grossen Teil unter Ausschluss eben dieser Bevölkerung selber geschaffen. Der Status einer Region wird heute von der internationalen Gemeinschaft – in Fortschreibung der Waffenstillstandsabkommen – über die ethnische Identität der Bevölkerung defi-

niert – nach dem Motto: «jedem Volk seinen Staat.» Statt demokratische Prinzipien über Menschenrechte und Bürgerbewusstsein zu institutionalisieren, wurden ethnische Prinzipien in die Verfassung geschrieben und Rechte für Bevölkerungsgruppen definiert. Mit diesem Prinzip ist heute kein Staat zu machen – weder auf dem Balkan noch anderswo. Die Entwicklung Europas in den letzten Jahren aber auch historische Erfahrungen zeigen, dass Grenzstreitigkeiten friedlich gelöst werden können, wenn die andere Seite als gleichberechtigte Partner anerkannt und nicht als feindliche Ethnie bekämpft wird. Im Vordergrund müssten gesellschaftliche und politische Integrationsprozesse stehen, die territoriale Abgrenzungen nicht à priori ausschliessen. Ich kann mir sehr wohl föderalistische Konzepte, Kantone oder selbst neue Grenzen vorstellen, aber diese müssten im Hinblick auf Gemeinsamkeit statt auf Trennung erfolgen und von den Beteiligten akzeptiert werden, wenn sie nicht zum ständigen Krisenherd werden sollen.

Ist ein EU-Beitritt, wie im Bericht «The Balkans in Europe's Future» (siehe Kasten) vorgeschlagen, die Lösung für die Probleme der Region?

Dieser Bericht ist Ausdruck des Glaubens an das «Zauberwort EU-Beitritt». Er belegt damit, wie technokratisch hier gedacht wird – auch wenn der Bericht für seine kritische Analyse der Situation einiges Lob verdient. Eine Europäische Union, die wohl kaum ihre Verfassung bei den BürgerInnen durchzubringen kann, ist kaum eine Hoffnungsträgerin. Die EU ist attraktiv für die politisch-technokratischen und die wirtschaftlichen Eliten, für die Mehrheit der Menschen hat sie aber wenig zu bieten. Die Kluft zwischen der Hoffnung Europa und der technokratischen EU-Realität wird grösser statt kleiner. Der EU fehlt das Gefühl des gesellschaftlichen Aufbruchs und eines europäischen Bürgerbewusstseins, das ausstrahlen und damit auch den Menschen des ehemaligen Jugoslawiens eine Zukunftsperspektive bieten würde. Das europäische «nation building» wird von Brüssel eher erstickt als gestärkt.

*Roland Brunner, Journalist BR, ist ehrenamtlicher Geschäftsführer der medienhilfe (www.medienhilfe.ch), die sich seit Anfang 90er-Jahre für unabhängige Medien in den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien und in ganz Osteuropa einsetzt. Roland war überdies massgeblich an der Ausarbeitung der Initiative «für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst (ZFD)» beteiligt, die von der GSoA mitinitiiert wurde.

The Balkans in Europe's Future

(sl) Unter diesem Titel hat im April 2005 die «International Commission on the Balkans», eine Expertengruppe bestehend aus europäischen PolitikerInnen wie Carl Bildt, Giuliano Amato, Richard von Weizsäcker und Jean-Luc Dehaene, einen Bericht verfasst, der mit seltener Offenheit Versäumnisse europäischer Politik auf dem Balkan anprangert sowie Vorschläge macht, welche Schritte in den kommenden Monaten zu unternehmen sind. Als hauptsächliche Forderung schlägt die Kommission die Organisation eines EU-Balkan-Gipfeltreffens im Herbst 2006 vor, auf dem mit den betroffenen Ländern «road maps» zur Integration in die EU besprochen werden sollen. Die Analyse und die Handlungsvorschläge stützen sich dabei auf zahlreiche Gespräche, welche die Kommission mit Vertretern der Politik und der Zivilgesellschaft geführt hat, sowie auf Umfragen, mit denen die Meinungen und Zukunftssorgen der Bevölkerungen der Länder auf dem Balkan erfragt wurden. Der Bericht kann unter <http://www.balkan-commission.org/> eingesehen werden.



4808 km für den Frieden...

In der GSoA-Zeitung Nr. 115 haben wir über die Absicht von Sibylle Mani berichtet, mit dem Velo von Spiez nach Bethlehem, Palästina, zu fahren, um mit dieser Reise Geld für ein Sommerlager in Gaza zu sammeln. Nach ihrer Rückkehr in die Schweiz haben wir Sibylle gebeten, die wichtigsten Eindrücke ihrer Reise zu schildern • von Sibylle Mani

Eine persönliche Herausforderung und zugleich das Setzen eines Zeichens für den Frieden: Das waren die Gründe, die mich dazu bewogen haben, eine FriedensVeloTour nach Palästina durchzuführen. In Zusammenarbeit mit «HorYzon» (die internationalen Zusammenarbeit des Christlichen Vereins junger Menschen CVJM Schweiz), dem «Schweizerischen Freundeskreis Zelt der Völker» und der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn entwickelte ich das Konzept, unterwegs thematische Workshops mit Jugendgruppen und Interessierten durchzuführen und zugleich FriedensKilometer zu Gunsten des Sommerlagers des CVJM in Gaza zu verkaufen. Nach 3 Monaten Planung war es so weit. Am 11. Oktober 2004 fuhr ich am Bahnhof Spiez mit dem Velo los und erreichte nach 4808km und 64 Tagen den Zielort Bethlehem, Palästina. Ein unvorstellbares Erlebnis lag hinter mir...

Nebst der körperlichen Herausforderung und den unterschiedlichsten Landschaften liessen vor allem die vielen Begegnungen und Gespräche die Reise so «reich» werden. Obschon ich die meiste Zeit alleine unterwegs war, gaben mir die entgegengebrachte Gastfreundschaft und Offenheit der Leute das Gefühl, überall zu Hause zu sein. Vor allem in den arabischen Ländern fühlte ich mich ausserordentlich geborgen und wohl.

Thematische Workshops

Unterwegs konnte ich insgesamt sieben Workshops durchführen. Es war sehr spannend, mit den unterschiedlichsten Gruppen über Frieden, Demokratie und Menschenrechte zu diskutieren. An der Uni Damaskus konnten wir uns zum Beispiel zwar allgemein über diese Themen auseinandersetzen – aber als es darum ging, über die eigene Politik zu sprechen, breitete sich dann aber grosses Schweigen aus. Denn wer sich öffentlich gegen die Regierung und die Unterdrückung der Kurden äussert, geht das Risiko ein, im Gefängnis zu landen!

Gespräche mit ehemaligen kurdischen Gefangenen, einem Anwalt und MenschenrechtsaktivistInnen zeigten, wie Folter in syrischen Gefängnissen zur gängigen Methode gehört. Durch die Besuche bei kurdischen Familien wurde ich für einmal aus einer anderen Sicht mit der Flüchtlingsthematik konfrontiert. Es war bedrückend zu erfahren, was es heisst, wenn die Kinder von der eigenen Regierung in die Ferne «vertrieben» werden.

Im Vergleich zu all diesen Realitäten wurde die Herausforderung meiner VeloTour immer kleiner...

Begegnungen

Auf der Reise begegnete ich unzähligen Leuten, die mich einfach zum Übernachten oder zum Essen zu sich nach Hause einluden. Somit erhielt ich Einblick in die jeweiligen Lebensumstände, erfuhr die aktuellen Alltagsorgen und viele spannende, aber auch tragische Lebensgeschichten. Auch wenn die Begegnung nur einen Abend dauerte, tat es mir oft weh, am nächsten Tag die Leute einfach hinter mir zu lassen und meinem Weg zu folgen. Als an der Grenze nach Albanien 20 junge Velofahrer auf uns – ein Kollege reiste mit mir durch Albanien – warteten und wir, von einer Polizeieskorte begleitet, ins nächste Dorf führen, kam ich mir wie eine Very Important Per-

son (VIP) vor... Die erwartungs- und hoffnungsvollen Augen dieser Menschen werde ich wohl nie vergessen! Als bleibende Verbindung zu Albanien wurde ich als Ehrenmitglied im CVJM Skodar aufgenommen!

Verkauf der FriedensKilometer

Durch den Verkauf der FriedensKilometer zu Gunsten des CVJM-«Gaza-Ferienlager für Flüchtlingskinder» (www.horyzon.ch) kamen stattliche Fr. 8'500.- zusammen. Dass ich die Kilometer nicht nur zum eigenen Vergnügen, sondern für ein Projekt gefahren bin, gab mir eine grosse Motivation. Jeder Kilometer bekam eine zusätzliche Bedeutung.

Am Ziel der Reise

Als ich am Ziel in Bethlehem vom CVJM Beit Sahour und «Tent of Nations» bei der Geburtskirche in Bethlehem empfangen wurde, konnte ich kaum glauben, dass ich es geschafft hatte! Die ganzen Strapazen rückten in den Hintergrund und ich hatte das Gefühl, eigentlich nicht angekommen zu sein, sondern die Reise erst begonnen zu haben. Mein Velo hinstellen – innerlich sträubte sich alles dagegen! Was hatte nun die Reise für den Frieden gebracht?

Beim Nachtessen mit dem Schweizer Konsulat kam ich dann langsam aber sicher auch innerlich in Bethlehem an.

In Palästina

Nachdem ich mich mit etlicher Mühe wieder an ein sesshaftes Leben gewöhnt hatte, freute ich mich auf meinen Auftrag, im Namen des Vereins «Schweizerischer Freundeskreis Zelt der Völker» ein Land- und Jugendprojekt in Palästina durchzuführen: In Beit Sahour organisierte ich einen JugendleiterInnen-Kurs für junge Erwachsene. Der intensive, 8-wöchige Kurs mit 15 interessierten palästinensischen Jugendlichen war eine sehr spannende interkulturelle Herausforderung... Zeugin der alltäglichen Ungerechtigkeit in der besetzten Westbank zu werden, war nicht leicht zu ertragen. Täglich wird die Mauer um Bethlehem grösser; die Check-Points sind eine Realität und Menschenrechtsverletzung, die man sich im 21. Jahrhundert kaum mehr vorstellen kann. Und was kann ich, unsere Politik, dagegen unternehmen? Ohnmachtsgefühle überkamen mich oft...

Aber ich erlebte auch viele Mut machende Erfahrungen, die zeigten, dass die Hoffnung auf eine gerechte Lösung für beide Seite noch immer besteht.

... zum Schluss

Ich hoffe, durch all die Auseinandersetzungen, einen kleinen Teil beigetragen zu haben, um mehr Menschen für die Themen Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie zu sensibilisieren und in ihrem Denken und Handeln einen Stein ins Rollen zu bringen. Denn ich bin immer noch überzeugt:

Wenn viele kleine Leute
An vielen kleinen Orten
Viele kleine Dinge tun
Können sie das Gesicht der Welt verändern!

An dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle, die mich während des vergangen halben Jahres unterstützt haben. In der Hoffnung auf eine friedliche und gerechte Welt!



Sibylle Mani unterwegs (Foto: peacebiketrip.ch)

Fakten zur Reise

Strecke: Spiez–Bethlehem, durch 10 Länder, 4808 km. Dauer: 64 Tage. Kilometer pro Tag: ca. 100km. Durchgeführte Workshops: 7. Veloprobleme: 7 Pannen. Verkauf FriedensKilometer für YMCA Gaza: Fr. 8500.-

Alleine unterwegs war ich in: Italien (bis Bergamo), Montenegro, Griechenland, Türkei, Syrien (bis Damaskus), Libanon, Jordanien, Israel/Palästina.

Vortrag und Workshop

Sibylle Mani möchte ihre Eindrücke nicht für sich behalten. Im Rahmen eines Vortrages oder Workshops berichtet sie über ihr Abenteuer, vermittelt Informationen über andere Kulturen, erzählt von ihrem Engagement für den Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte und stellt die Dekade zur Überwindung von Gewalt vor.

Interessierte melden sich bis spätestens 31. Oktober 2005 direkt bei Sibylle Mani, Soziokulturelle Animatorin FHS, Spiez, Tel. 033 654 60 04, Natel 078 698 18 28, E-Mail: sibylle.mani@bluewin.ch Eine erste Veranstaltung – eine Bildreise inklusive arabischem Imbiss – findet statt am 17. Juni 2005, 19.00 Uhr, im DorfHus Spiez.



Eine Welt ohne Armeen

Was haben Länder wie Costa Rica, Haiti, Panama, Island, Lichtenstein, Palau, Samoa und der Vatikan gemeinsam? Sie besitzen alle, was wir schon lange für die Schweiz wollen: keine Armee. Die Organisation «A World Without Armies: The Costa Rica Initiative» (AWWA) hat sich zum Ziel gesetzt, die Liste dieser Länder zu erweitern • von Barbara Heer

AWWA wurde im Jahre 2001 von Kazuaki Tanahashi, kurz Kaz, gegründet. Kaz ist ein 1933 in Japan geborener Zen-Buddhist, der heute als Künstler und Friedens- und Umweltaktivist in den USA arbeitet. Die Vision der AWWA ist eine demilitarisierte Welt. In dieser Welt sollten Staaten keine Waffen und Truppen besitzen, die zum offensiven Kampf benützt werden könnten. Bewaffnete Institutionen sollen lediglich den inneren Frieden in einem Land sicherstellen können und, solange noch nötig, Grenzkontrollen aufrechterhalten können. Laut Kaz ist Costa Rica ein hervorragendes Vorbild für andere Staaten: Costa Rica schaffte 1949 die Streitkräfte ab und erschuf dafür eine zivile Garde. Verschiedene Putschversuche, die den Sturz der Regierung bezweckten, konnten trotz der Inexistenz der Armee durch internationale Hilfe erfolgreich verhindert werden. Zudem hat Costa Rica heute den mit Abstand höchsten Lebensstandard von ganz Zentralamerika.

Kunst

Da für Kaz die Bereitschaft der Bevölkerung eine der wichtigsten Vorbedingungen zur Demilitarisierung ist, nimmt die Öffentlichkeitsarbeit einen grossen Teil der Aktivitäten ein. Ein Weg, die Aufklärung der Bevölkerung in aller Welt zu erreichen, ist für die AWWA die Kunst: So organisierte sie eine Ausstellung mit 300 Bildern von costaricanischen Kindern zum Thema «Eine Welt ohne Armeen». 30 dieser Bilder wurden darauf in den USA, Kanada, aber auch in Deutschland und Holland ausgestellt. Die AWWA sucht auch nach entsprechenden Partnern in der Schweiz, um auch hierzulande eine Ausstellung zu realisieren.

Demilitarisierungspotentiale erkennen

Das wichtigste Ziel der AWWA ist es aber, Staaten mit hohem Demilitarisierungspotential zu erkennen und ihnen effiziente Wege aufzuzeigen, wie sie die bewaffneten Streitkräfte abschaffen können. Hier kommt Costa Rica erneut ins Spiel: Spezialisten und Aktivisten von Costa Rica, aber auch von anderen demilitarisierten Ländern sollen ihre Erfahrungen anderen Nationen weitergeben und ihnen im politischen Prozess beratend zur Seite stehen. AWWA ruft Wissenschaftler dazu auf, Studien über die Situation des Militärs in verschiedenen Ländern durchzuführen, um konkrete Aktivitäten in jenen Ländern aufzunehmen, wo die Realisierbarkeit der Abschaffung am grössten ist. Länder mit hohem Demilitarisierungspotential seien zum Beispiel Barbados, Jamaika, Bahamas und verschiedene Staaten Westafrikas.

Uno-Rat für Staaten ohne Armeen

Die grösste Vision der AWWA ist aber die Etablierung eines Uno-Rates für Staaten ohne Armeen. Dieser Rat würde nach Kaz eine neue Ära der internationalen Beziehungen einleiten und die Wahrnehmung der Welt über die Durchführbarkeit der Demilitarisierung nachhaltig ändern. Der Rat soll nach Wegen suchen, wie Frieden für Staaten ohne Armeen langfristig gewährleistet werden kann und Demilitarisierung in der Uno propagieren und voranzutreiben. Das Ziel von AWWA ist es, bis 2007 eine formelle Anfrage an alle Staaten ohne Armeen einzureichen, die sie aufruft, vereint einen Rat für Staaten ohne Armeen bei der Uno einzufordern.

Stärkung auf allen Ebenen

Der christliche Friedensdienst (cfd) hat sich in einer umfassenden Studie mit dem Konzept des Empowerment (dt. Stärkung) von Frauen beschäftigt. Samuel Durrer befragte Patricia Barandun, Projektleiterin Gender und Friedensförderung im cfd, über die Ziele und Inhalte der Studie.



Barbara Barandun (Foto: sd)

Patricia, welche Ziele wolltet ihr mit der Studie erreichen?

Am Anfang stand die Frage, ob unsere Projekte die Stellung der Frauen stärken. Helfen unsere Projekte mit, den Handlungsspielraum der beteiligten Frauen zu erweitern, erleichtern sie ihren Zugang zu Ressourcen und tragen sie zur Aufarbeitung von gesellschaftlichen Konfliktsituationen bei?

Innerhalb des cfd war die Studie auch Ausdruck einer fach- und abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit. Wir wollten ein Projekt schaffen, an dem Leute, die in Auslandsprojekten, in Migrationsprojekten oder in der Friedensarbeit tätig sind, zusammenarbeiten können.

Ein weiteres Ziel war die Weitergabe der Resultate an migrations- und friedenspolitische PartnerInnen. Dieser Prozess ist zur Zeit im Gang; wir haben dazu auch verschiedene Veranstaltungen organisiert.

Welche Probleme standen im Vordergrund der Studie?

Wir gehen davon aus, dass Frauen vielfältige Beschränkungen in ihrem Leben erfahren: Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, mangelnde Ausbildung, fehlende oder diskriminierende Gesetzgebung und fehlender Zugang zu materiellen und immateriellen Ressourcen. Diese Begrenzungen drängen Frauen an den Rand, bis hin zur Marginalisierung und zum kompletten Ausschluss aus der Gesellschaft. Unser Ziel in der Projektarbeit ist es, mittels «Empowerment» zur Überwindung von Ausgrenzungsmechanismen beizutragen.

Auf dieser Grundlage entwickelten wir Schlüsselfragen für die Studie: «Sind individuelle und kollektive Empowerment-Massnahmen wirksam, um Diskriminierungen im Leben von Frauen sichtbar zu machen? Tragen sie dazu bei, dass Frauen mehr individuellen und gesamtgesellschaftlichen Einfluss erlangen?»

Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene haben wir uns gefragt, ob Frauengruppen durch die Tatsache, dass sie sich als Gruppe organisieren, eine Vergrösserung ihrer politischen und sozialen Handlungsspielräume erreichen.

Wie seid ihr für die Studie vorgegangen?

Wir fragten unsere Partnerorganisationen in unseren Projektländern, was sie unter «Empowerment» verstehen und welche Empowerment-Strategien in ihren Projekten eingesetzt werden. Diese regionalen Berichte wurden jeweils durch Forscherinnen aus den betreffenden Ländern erstellt.

Uns interessierte vor allem die Wirkung von «Empowerment» in den drei Themenbereichen Gewalt, Sicherheit und Ressourcen. Die-

se drei Themenfelder sind aus unserem feministischen Friedensansatz abgeleitet. In unserem Verständnis braucht es für Frieden die Abwesenheit von Gewalt, Sicherheit für alle und den offenen Zugang zu Ressourcen.

Uns interessierte einerseits, was sich durch die Projekte individuell für die Frauen verändert. Andererseits fragten wir, was sich auf Grund von kollektiver Organisation von Frauengruppen im gesellschaftspolitischen Umfeld verändert.

Wir haben in der Studie festgestellt, dass die individuelle und die kollektive Ebene nicht von einander getrennt werden können. Die beiden Prozesse beeinflussen sich gegenseitig. Es braucht individuelle Bewusstseinsbildungsprozesse und die Erweiterung der individuellen Ressourcenbasis, um kollektiv aktiv zu werden. Genauso beeinflusst eine Veränderung, die auf kollektiver Ebene erreicht wurde, die Möglichkeit, sein eigenes Leben unabhängig und selbstbestimmt zu gestalten. Die Empowerment-Prozesse auf verschiedenen Ebenen müssen gleichzeitig stattfinden.

Man muss also auf verschiedenen Ebenen tätig sein – genauso auf der familiären Ebene wie auf der politischen, die einen Einfluss auf die Gesetzgebung hat. Projektpakete müssen so geschnürt werden, dass die verschiedenen Ebenen einbezogen werden. Wir als cfd können nicht immer ein solches Idealpaket schnüren; wir achten aber darauf, uns mit denjenigen Akteuren zu vernetzen, die auf einer anderen Ebene im gleichen Problemfeld aktiv sind.

Kann man diese Ebenen überhaupt alle einbeziehen?

Natürlich sind wir nicht in jedem Gebiet auf all diesen Ebenen tätig. Doch es ist wichtig, im Hinterkopf zu behalten, dass es gleichzeitig individuelle und gesellschaftliche Veränderungen braucht.

Die gesellschaftlichen Veränderungen dürfen sich aber nicht nur auf Gesetze beschränken, sondern sollen auch Werthaltungen einschliessen. So gab es zum Beispiel in Marokko eine Reform des Familienrechtes, die Frauen besser stellt. Weil sich aber in der Gesellschaft die Werthaltung nicht veränderte, ist es gerade in ländlichen Gebieten schwierig, das Gesetz umzusetzen.

Was passiert nun mit der Studie?

Wir wollen einige Schlüssel-Erkenntnisse herausarbeiten, die wir verschiedenen Organisationen (zum Beispiel der DEZA, aber auch NGOs im migrations- und friedenspolitischen Bereich) vorstellen möchten.

Im cfd hat die Studie auch interne Diskussionen ausgelöst: Wir haben gemerkt, dass «Empowerment» in den Aussenprojekten nur dann funktioniert, wenn auch die eigenen Strukturen unserer Organisation selber mit einbezogen werden. Organisationen, so denken wir, die über keine demokratische Struktur verfügen, können auch kein glaubwürdiges «Empowerment» betreiben. Der cfd hat in der Folge seine eigenen Leitungsstrukturen untersucht. Das Resultat war zufriedenstellend.

Empowerment

(sd) Der cfd unterstützt in seinen Projekten das «Empowerment» von Frauen. «Empowerment» ist eine Strategie, die zum Ziel hat, Ungleichgewichte in der herrschenden Machtverteilung auszugleichen.

Der cfd betreibt feministische Friedenspolitik und geht dabei von einem erweiterten Friedensbegriff aus. Frieden benötigt vor allem die Abwesenheit von Gewalt und eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse zu Gunsten von Gleichstellung. Mittels «Empowerment» werden die Frauen gestärkt und sie erhalten individuelle und kollektive Instrumente zur Überwindung patriarchaler Machtverhältnisse. «Empowerment» ist dabei immer Mittel und Ziel zugleich.

Die Empowerment-Studie des cfd kann auf der Website www.cfd-ch.org eingesehen werden oder für 10 Franken beim cfd, Postfach 5761, 3001 Bern, bezogen werden.

GSoA-Material...

Panzerknacker

Die RS-Broschüre der GSoA **kostenlos**

GSoA-Kleber

diverse Ausführungen **kostenlos**

GSoA-T-Shirt

Mit dem Spruch «If war is the answer, the question must be fucking stupid»
S, M, L, XL **Fr. 28.-**

«Etwas Sinnvolles tun»

Handbuch zum Zivildienst **Fr. 32.-**

GSoA-Sackmesser

8-teilig **Fr. 25.-**

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ, Wohnort

Tel./E-Mail

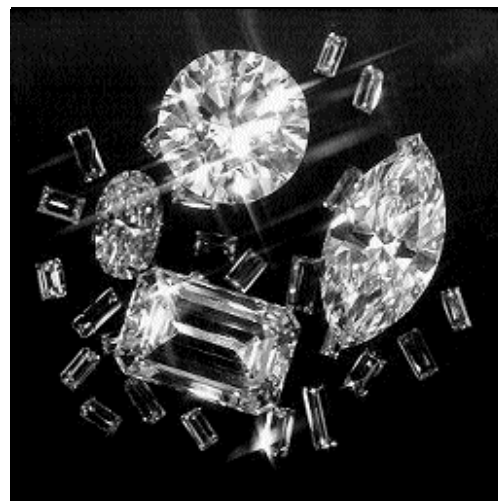
Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	T-Shirt «If war is...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	

Spende Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Versandkostenanteil **Fr. 4.80**

Rechnungsbetrag

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 01 273 01 00, Fax 01 273 02 12**



Impressum

Redaktion: Daniel Bachofen (dba), David Buchmann (db), Tom Cassee (tc), Samuel Durrer (sd), Barbara Heer (bh), Luzia Jäger (lj), Josef Lang (jl), Nico Lutz (nl), Reto Leuenberger (rl), Stefan Luzi (sl, verantwortlich), Martin Parpan (mp), Christine Scheidegger (cs), Tobia Schnebli (ts), Renate Schoch (rs), Andreas Weibel (aw)

Gestaltung: Christina Meili

Druck: ROPRESS Zürich

Auflage: 30 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)

Verdienende Fr. 100.-, Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.-

PC-Konto: PC 40-37315-5

Kontakt: GSoA, Postfach, 8031 Zürich

Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12

E-Mail: gsoa@gsoa.ch, Internet: www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen.

